

MÜNCHNER ERKLÄRUNG

GUTE ARBEIT. GUTES WOHNEN. FÜR ALLE. FÜR FLÜCHTLINGE.

Hunderttausende Flüchtlinge suchen bei uns Schutz vor Krieg, Vertreibung und Armut. Dank der vielen freiwilligen Helfer aus der Bevölkerung und dem außerordentlichen Einsatz der vielen professionellen Helfer unter anderem von Polizisten, Sozialarbeitern oder Beschäftigten in der Verwaltung, gelingt es bisher die Situation zu meistern. Ihnen gebührt unser Dank. Auch wir, die Münchner Gewerkschaften, wollen unseren Beitrag zu einer gelungenen Integration leisten.

Wir werden nicht schweigen, wenn in den Betrieben rassistische Vorurteile verbreitet werden. Wir dulden keine Mitglieder in unseren Reihen die gegen Flüchtlinge hetzen. Wir lassen Gerüchte nicht im Raum stehen und klären auf über die tatsächliche Situation der Flüchtlinge hier in Deutschland. Wir werden uns aktiv für eine Willkommenskultur in unserer Umgebung einsetzen. Denn neben der großen Hilfsbereitschaft wächst auch die Anzahl fremdenfeindlicher Straftaten in Deutschland. Die Sorgen und Ängste vieler Menschen werden gezielt geschürt. Populistische Vorschläge, die rein auf Abschreckung setzen, lösen kein Problem, vergiften aber die gesellschaftliche Stimmung. Wir stellen uns entschieden gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Ressentiments und Gewalt.

Wir werden Flüchtlinge aktiv in den Betrieben unterstützen. Indem wir dem Arbeitgeber Integrationsprojekte vorschlagen, bestehende Projekte aktiv begleiten oder eigene Patenschaftsprojekte starten.

Gute Arbeit. für alle. für Flüchtlinge.

Das Kernziel gewerkschaftlicher Arbeit ist: Gute Arbeit für alle Beschäftigten. Flüchtlinge brauchen, damit wir dieses Ziel erreichen, besondere Unterstützung. Wichtige Anforderungen sind aus unserer Sicht:

- Das Recht die deutsche Sprache zu lernen. Jeder Flüchtling muss Zugang zu kostenlosen Sprachkursen erhalten.
- Das Recht sich weiter zu qualifizieren. Viele Flüchtlinge verfügen nicht über einen abgeschlossenen Berufsabschluss, der mit unserem Berufsbildungssystem vergleichbar ist. Dennoch verfügen sie über ein berufliches Wissen. Sie müssen die Chance bekommen sich weiterzubilden, um einen Berufsabschluss zu erreichen, auch parallel zur Arbeit. Wir kämpfen für ein Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten.
- Die Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die entsprechend auch von allen Mitgliedern der Gesellschaft finanziert werden sollte. Deshalb dürfen Unterstützungsangebote nicht beitragsfinanziert werden.
- Jeder junge Flüchtling, der eine Ausbildung anfängt, soll für die Zeit seiner Ausbildung und zwei weitere Jahre einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Er soll auch den Ausbildungsbetrieb oder den Ausbildungsberuf wechseln können, ohne Angst vor Abschiebung haben zu müssen.
- Flüchtlinge haben dieselben Rechte wie alle Beschäftigten. Deshalb werden wir allen Versuchen Flüchtlinge zu Arbeitnehmer zweiter Klasse zu machen eine klare Absage erteilen. Dies gilt besonders für den Vorschlag den Mindestlohn für Flüchtlinge abzusenken.

- Die Herausforderungen dürfen nicht auf dem Rücken der professionellen Helfer gelöst werden. Auch in einer Krisensituation haben sie unter anderem ein Recht auf Pausen und Urlaub. Damit dies umsetzbar ist, muss genügend Personal eingestellt werden.

Gutes Wohnen. für alle. für Flüchtlinge.

In München eine bezahlbare Wohnung zu finden ist mehr als schwierig. Auf diesem Wohnungsmarkt werden auch anerkannte Flüchtlinge große Schwierigkeiten haben eine Wohnung zu finden. Deshalb ist es wichtig jetzt die Wohnungspolitik zur Top-Priorität in der Politik zu machen, damit alle gut und bezahlbar in München wohnen können. Unsere Anforderungen sind:

- Sozialwohnungen so lang wie möglich erhalten. Durch die staatliche Förderlogik fallen Sozialwohnungen nach 45 Jahren aus der Bindung. Dann kann der Vermieter die Wohnung verkaufen oder die Miete drastisch erhöhen. Die Stadt muss alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um Sozialwohnungen so lang wie möglich als Sozialwohnung zu erhalten.
- Das Instrument der sozial gerechten Bodennutzung muss erhalten bleiben, freiwillig werden private Investoren keine Sozialwohnungen mehr bauen.
- Die Stadt, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Genossenschaften müssen mehr einfache, günstige und kleine Wohnungen bauen.
- Der Schwerpunkt der städtischen Wohnungsbauförderung muss klar auf Mietwohnungen liegen.
- Nur wenn die Stadt Grundstücke besitzt kann sie Wohnungsbau gestalten. Deshalb sollten Grundstücke nie endgültig aus der Hand gegeben werden. Wichtige Instrumente sind hier das Erbbaurecht und vertragliche Vorkaufsrechte.
- Genossenschaften sollen bevorzugt auf städtischen Grundstücken bauen können.
- Das Konzept „Konzeptioneller Wohnungsbau“ hat sich bewährt. Hierdurch entstehen günstige Mietwohnungen mit Mieten unterhalb des Mietspiegels. Dieses Programm soll ausgeweitet werden.

Gute Arbeit. Gutes Wohnen. für Flüchtlinge. für alle.

Das „für alle“ findet sich mit Absicht im Titel. Wir Gewerkschafter kämpfen gemeinsam für ein gemeinsames Ziel. Dabei trennen uns nicht Geburtsorte, das Geschlecht oder das Alter. Solidarität ist unsere Stärke und das gilt auch in der Frage der Integration von Flüchtlingen.

Für den DGB Kreisvorstand München



Simone Burger
DGB Kreisvorsitzende



Heinrich Birner
Geschäftsführer verdi München



Horst Lischka
1. Bevollmächtigter IG Metall